



25/SVV/0978

Antrag
öffentlich

Weiterführung des Zeitzeugenprogramms der Gedenkstätte Lindenstraße im Zusammenhang mit Schulbesuchen

<i>Einreicher:</i> Fraktion der Freien Demokraten		<i>Datum</i> 21.10.2025
<i>geplante Sitzungstermine</i> 05.11.2025	<i>Gremium</i> Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	<i>Zuständigkeit</i> Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, sich bei der Landesregierung für die Weiterführung des Zeitzeugenprogramms der Gedenkstätte Lindenstraße im Zusammenhang mit Schulbesuchen einzusetzen.

Begründung:

Die durch Zeitzeugen mögliche inhaltliche Vermittlung der inhumanen und unrechtmäßigen Behandlung von Häftlingen in der Gedenkstätte Lindenstraße ist wesentlich für die authentische geschichtliche Darstellung für Schülerinnen und Schüler, die damit die Auswirkungen diktatorischer Systeme aus erster Hand kennenlernen und begreifen können. Die Einstellung der Vermittlung dieser Zeugen an Schulen hat damit direkten und negativen Einfluss auf die demokratische Entwicklung junger Menschen.

Anlagen:

Keine